

Die SPD im Landkreis Roth lehnt das geplante Freihandelsabkommen TTIP ab

Die SPD im Landkreis Roth hat sich auf ihrem Unterbezirksparteitag einstimmig gegen die Freihandels- und Investitionsschutzabkommen TTIP, CETA und TISA ausgesprochen. Der Bezirksparteitag der SPD Mittelfranken stimmte dem Ablehnungsantrag mit breiter Mehrheit zu und leitete ihn an den Bundesparteikonvent und an den Landesparteitag weiter.

Aus Sorge um unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere Soziale Marktwirtschaft fordern die Sozialdemokraten unserer Region: „Die Verträge dürfen nur einen Positivistenansatz, keine regulatorischen Kooperationsräte, keine Schiedsgerichte, keine Sperrklinken-Klauseln und keine Stillstandsklausel enthalten.“

Kleines TTIP-ABC:

Der Negativlistenansatz in den Abkommen würde nur wenige Bereiche schützen und viele Rechtsbereiche ungeschützt lassen. Verboten ist nur das, was konkret im Vertrag steht, in allen anderen Bereichen wäre nichts geregelt, und, so die Befürchtung, alles erlaubt.

In regulatorischen Kooperationsräten würden die multinationalen Konzerne einen Einfluss gewinnen, der die Entscheidungsfreiheit der demokratisch

gewählten Organe wesentlich beschränken würde.

Private nicht demokratisch bestimmte Schiedsgerichte oder Spezialgerichte nur für die internationalen Investoren



Die SPD-Mitglieder im Landkreis Roth engagieren sich gegen das geplante Freihandelsabkommen.

würden statt staatlicher Gerichte unter Ausschluss der Öffentlichkeit entscheiden.

Die vorgesehene Sperrklinken-Klausel würde dazu führen, dass Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Die Stillstandsklausel würde festlegen, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder aufgehoben werden darf.

Besondere Sorge bereitet den Sozialdemokraten, dass unsere gesetzlichen

Regelungen der Standards zum Beispiel im Umwelt- und Lebensmittelbereich nur formalrechtlich erhalten bleiben sollen. Wenn aber gleichzeitig die kanadischen oder US-amerikanischen Standards als bei uns gültig anerkannt werden, bedeute dies die Gefahr, dass man sich die jeweils schwächeren Regeln zu eigen machen wird.

Mit ihrem Par-

teitagsbeschluss will die SPD dazu beizutragen, die vielen negativen Auswirkungen zu verhindern, die uns bei einer Zustimmung zu den Abkommen treffen würden.

Daher fordern die Rother und die mittelfränkischen Sozialdemokraten die Abgeordneten im EU-Parlament, im Bundestag und Mitglieder in Bundesregierung und den Landesregierungen auf, Nein zu sagen. Die „roten Linien“ der Demokratie sehen wir überschritten!

Wolfgang Schmid / Markus Schaffer ■

Mittelfränkische SPD-Abgeordnete sagen NEIN zur B131n

Ein deutliches Nein zu den Plänen, eine neue Bundesstraße durch kaum berührte Landschaft zu bauen, kommt von den vier mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten Martin Burkert, Gabriela Heinrich, Martina Stamm-Fibich und Carsten Träger.

Die zwischen Gunzenhausen und Greiding geplante Straße, die die Autobahnen A7 und A9 verbinden soll, würde unter anderem durch das Stauer Land bei Thalmässing führen - und damit durch nahezu unberührte Natur. „Das ist ein massiver Eingriff in die Land-

schaft, der nicht gerechtfertigt ist“, betonen die Abgeordneten. Die Auswirkungen auf das bei Touristen sehr beliebte „Land um Stauf“, seien auch unter wirtschaftlichen Aspekten enorm, so die Abgeordneten weiter.

Die Bayrische Staatsregierung hatte dieses Infrastrukturvorhaben bereits für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Der Widerstand gegen dieses Projekt innerhalb der Bevölkerung ist vor allem im Landkreis Roth sehr groß. „Wir gehen davon aus, dass diese Straße nicht kommt – der Preis dafür ist defini-

tiv zu hoch“, bekräftigen die Abgeordneten.

Auch die SPD im Landkreis spricht sich deutlich gegen die geplante Bundesstraße aus und hat mittlerweile Kontakt zum SPD-Landesvorsitzenden und Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Florian Pronold, Kontakt aufgenommen. Der Bundestagsabgeordnete hat zugesagt, sich in einem Vor-Ort-Termin mit der Problematik und den Sorgen der Bevölkerung auseinanderzusetzen. **Wir halten Sie hier auf dem Laufenden!** ■

Neuwahl des SPD Kreisvorstandes: Sven Ehrhardt bleibt an der Spitze

Im April fand die turnusgemäße Neuwahl des SPD-Kreisvorstandes statt. An der Spitze bleibt weiterhin Sven Ehrhardt. Als Stellvertreter stehen ihm zukünftig Georgensgmünds 1. Bürgermeister Ben Schwarz, Bianca Heckel (ebenfalls Georgensgmünd) und der Büchenbacher SPD-Vorsitzende und Gemeinderat Thomas Schulz zur Seite.

Auf eine Mischung aus erfahrenen Kommunalpolitikern und „neuen Gesichtern“ setzt die Kreis-SPD bei ihrer personellen Ausrichtung für die kommenden Jahre. Ein Ziel war dabei laut Ehrhardt, „dass alle Teile des Landkreises möglichst gut vertreten sind“. Die beiden bisherigen Stellvertreter

Schwanstettens 1. Bürgermeister Robert Pfann und Thalmässings 2. Bürgermeisterin Ursula Klobe sind aus eigenem Wunsch in die 2. Reihe getreten und unterstützen zukünftig als Beisitzer. Auch Peter Ulrich (Roth) und Maximilian Frisch (Wendelstein) schieden aus eigenem Wunsch aus. Für die Schriftführung

ist zukünftig die Vorsitzende der SPD Kleinschwarzenlohe, Petra Metzger, verantwortlich. Neuer Pressereferent ist der Thalmässinger Ortsvorsitzende Andreas Schermeyer. Die Kassenführung bleibt in den bewährten Händen von

(Hilpoltstein), Paul Hellerfort (Spalt) und Ralf Rieber (Abenberg). Als Vorsitzender der AG60plus gehört Dr. Kurt Berlinger (Wendelstein) dem Vorstand an. Christine Rodarius vertritt als Fraktionssprecherin die SPD-Kreistagsfraktion.

In seinem Bericht erinnerte der alte und neue Vorsitzende Ehrhardt an die Schwerpunkte der vergangenen Periode. Auch zukünftig möchte sich die SPD im Landkreis regelmäßig mit Verbänden und Gruppen zu verschiedenen Politikfeldern austauschen. Ein Schwerpunkt soll auch auf der inhaltlichen Arbeit liegen, wo die Sozialdemokraten mit Veranstaltungen, Anträgen und Aktio-

nen Einfluss auf höhere Politikebenen wollen. So lehnt die SPD das geplante Freihandelsabkommen sowie die Vorratsdatenspeicherung ab. Landrat Herbert Eckstein dankte dem alten Vorstandsteam und freute sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Team.



Der neue geschäftsführende Vorstand der SPD im Landkreis Roth

Gerhard Babbel (Georgensgmünd). Zu Beisitzern wurden Irene Schinkel (Büchenbach), Klaus Pfann (Schwanstetten), Marcel Schneider (Rednitzhembach) und Stephanie Schubert (Röttenbach) gewählt. Beratende Mitglieder sind Thomas Döbler

Landkreis Roth ist „Gesundheitsregion plus“ geworden—Schlüsselthema der Zukunft

Als einer von 24 bayerischen Landkreisen beteiligt sich der Landkreis Roth an diesem Projekt, das vom bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit initiiert wurde. Mit dem Konzept sollen Gesundheitsförderung und Prävention vor Ort gestärkt werden. Eines der Hauptziele ist aber auch die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Bürger im jeweiligen Landkreis. Dazu zählen u.a. die Haus- und Facharztversorgung und deren Unterstützung, die Zusammenarbeit im ambulanten-stationären Bereich, aber auch der Aufbau einer spezialisierten ambulanten Palliativversorgung.

„Alles Themen, die auch bei uns wichtig sind“, ist die Fraktionssprecherin Christine



Ben Schwarz—der SPD-Fachmann im Gesundheitswesen

Rodarius überzeugt, „die gesundheitliche Versorgung wird auch im Landkreis Roth ein Schlüsselthema der Zukunft sein.

Es ist notwendig, eine bessere Vernetzung der Akteure im Gesundheitswesen

zu schaffen. Das bedeutete für unsere Bürger mehr Lebensqualität.“

Die Geschäftsstelle der Einrichtung wird am Gesundheitsamt angesiedelt sein. Das erste Gesundheitsforum, in dem Krankenkassen, Kreisklinik, ärztl. Kreisverband, Apotheken, Pflegedienste usw. vertreten sind, soll im Herbst tagen. Eine „Steuergruppe“ wird die anfallenden Aufgaben vorbereiten. Die SPD-Kreistagsfraktion entsendet in diese Steuergruppe mit Bürgermeister Ben Schwarz aus Georgensgmünd einen Fachmann im Gesundheitswesen. So war Schwarz über Jahre als Dozent in diesem Bereich tätig.